

BEBAUUNGSPLAN BAUGEBIET "AUF DER HIRTENWIES II"

ORTSGEMEINDE ALLENBACH

VERBANDSGEMEINDE HERRSTEIN

B E G R Ü N D U N G

zum Bebauungsplan der Ortsgemeinde Allenbach
für das Allgemeine Wohngebiet WA "Auf der Hirtenwies II"

Inhaltsverzeichnis :

1. Allgemeines, Veranlassung, Zielsetzung
2. Lage im Raum / Ortsgemeinde Allenbach
3. Lage und derzeitige Nutzung des Plangebietes
4. Planung, bauliche u. sonstige Festsetzungen
5. Verwirklichung des Baugebietes
6. Erschließung
 - 6.1 Verkehrsflächen
 - 6.2 Wasserversorgung
 - 6.3 Abwasserbeseitigung
 - 6.4 Außengebietsentwässerung
 - 6.5 Stromversorgung
7. Bodenordnung
8. Überschlägliche Erschließungskosten
9. Landespflegerischer Planungsbeitrag

1. Allgemeines, Veranlassung, Zielsetzung

Die Ortsgemeinde Allenbach weist innerhalb der Altortslage nur geringe Baulücken auf. Sofern diese überhaupt vorhanden sind, befinden sie sich fast ausschließlich in Privatbesitz. Auch die bisherigen Neubaugebiete der Ortsgemeinde sind weitestgehend erschöpft.

Da aber aus der eigenen Bevölkerung, insbesondere aus der jüngeren Generation eine große Nachfrage nach erschlossenem Bauland vorhanden ist, entschloß sich der Ortsgemeinderat ein weiteres Neubaugebiet zu erschließen.

Als aufstrebende Fremdenverkehrsgemeinde mit vielfältigen Naherholungsmöglichkeiten und aufgrund der landschaftlich reizvollen Lage ist Allenbach eine beliebte Wohngemeinde.

Da das Gebiet an das bereits vorhandene Neubaugebiet "Auf der Hirtenwies" (genehmigt 1973) anschließt, erhält es die Bezeichnung "Auf der Hirtenwies II".

Die Wohnbaufläche ist im fortgeschriebenen wirksamen Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Herrstein ausgewiesen. Der Bedarf ist im Rahmen der Flächennutzungsplanung mittelfristig auf rund 4 ha Bruttobauland ermittelt.

2.0G Allenbach Bevölkerung/ Lage im Raum

Allenbach hat zur Zeit eine Einwohnerzahl von ca. 730 E. Die Ortsgemeinde ist aufgrund ihrer reizvollen Lage innerhalb des Naturparks Saar-Hunsrück, der Nähe des Wintersportgebietes Erbeskopf bzw. Idarwald sowie der bereits vorhandenen vielfältigen Naherholungsmöglichkeiten eine aufstrebende Fremdenverkehrsgemeinde. Dies sieht auch der regionale Raumordnungsplan vor, in dem Allenbach als auszubauende Gemeinde für die Erholung eingestuft wird.

Trotzdem kann der Ort als Auspendlergemeinde bezeichnet werden, der überwiegend den Wohnzwecken dient, aber auch mehrere landwirtschaftliche Voll- und Nebenerwerbsbetriebe beherbergt. Bahnstation für die Ortsgemeinde Allenbach ist Idar-Oberstein, Entfernung ca. 20 km.

Die verkehrsmäßige Erschließung des Ortes erfolgt über die Bundesstraße 422. (B 422)

Naturräumlich gehört die Ortslage Allenbach zur "Kempfelder Hochmulde", einem Teil der Simmerner Mulde im Hunsrück, welche im landespflegerischen Beitrag näher beschrieben ist.

3. Lage und derzeitige Nutzung des Plangebietes

Das Plangebiet liegt am südlichen Ortsrand, etwa 300 m oberhalb des Idarbaches an einem Talhang.

Im Norden grenzt es an das bereits bebaute Gebiet "Auf der Hirtenwies I" an. Im Osten ist die Begrenzung ein vorh. Feldweg, an den ebenfalls eine vorhandene Bebauung aus einem früheren Neubaugebiet anschließt.

Im Süden und Südosten reichen Fichtenforste bis ca. 150 m an das geplante Gebiet und nach Westen erstreckt sich offenes Grünland. Das eigentliche Plangebiet wird derzeit überwiegend zu Weidezwecken genutzt.

Eine **Bestandsaufnahme der Vegetation** ist Bestandteil des landespflegerischen Planungsbeitrages.

4. Planung, bauliche und sonstige Festsetzungen

BAULICHE NUTZUNG

Da das Gebiet überwiegend zu Wohnzwecken genutzt werden soll und auch entsprechend konzipiert und angelegt ist (Straßenführung, Grundstückseinteilung, Grundstücksgröße, etc.) soll es als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) im Sinne des § 4 BauNVO eingestuft werden.

Hier können außer Wohngebäuden allerdings auch der Versorgung des Gebietes dienende Läden, Schank- und Speisegaststätten sowie nichtstörende Handwerksbetriebe ihren Standort finden.

Ebenso zulässig sind Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

Beherbergungsbetriebe werden in dem Baugebiet ebenfalls allgemein zugelassen. Damit wird der Funktion der Ortsgemeinde als Fremdenverkehrsgemeinde Rechnung getragen und es besteht die Möglichkeit zu weiteren Investitionen auf dem Fremdenverkehrssektor im Rahmen der Festsetzungen dieses Bebauungsplanes.

Ausschließen möchte die Ortsgemeinde, daß Tankstellen und Gartenbaubetriebe angesiedelt werden können.

Näheres hierzu regelt die Baunutzungsverordnung BauNVO.

Als Maß der baulichen Nutzung wurde festgelegt :

Grundflächenzahl	(GRZ)	: 0,4
Geschoßflächenzahl	(GFZ)	: 0,8
Zahl der Vollgeschosse		: II

Um größere Flächenversiegelungen zu unterbinden wird aber die, nach BauNVO § 13, Abs. 4 zulässige Überschreitung der Grundflächenzahl (GRZ) auf maximal 30 % begrenzt.

Die übrigen Festsetzungen entsprechen der, in der Ortslage Allenbach vorhandenen, Bebauung.

RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH / FLÄCHENGRÖSSEN

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Auf der Hirtenwies II" grenzt im nördlichen und östlichen Teil an Bereiche ehemaliger Baugebiete (Otenbruch-Hirtenwies, etc) an. Im Westen und Süden ist er durch zur Zeit noch parzellierte, vorhandene Feld- und Bewirtschaftungswege eingefaßt.

Die Größe des räumlichen Geltungsbereiches umfaßt insgesamt

A.....	=	ca. 3,0834 ha.
Davon entfallen auf Baugrundstücke		ca. 20.701 m ²
öffentl. Verkehrsflächen		ca. 2.210 m ²
öffentl. Grünflächen		ca. 6.818 m ²
öffentl. Wasserflächen		ca. 1.105 m ²
	insgesamt	ca. 30.834 m ²

HÖHENFESTSETZUNG

Das Baugebiet liegt, einsehbar von der B 422, an exponierter Stelle am Rande der Gemeinde und stellt somit eine visuelle Arrondierung der Ortslage dar.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, und um einen entsprechenden Wohncharakter zu erzeugen wurde eine Höhenbegrenzung der Gebäude festgelegt.

Die Zahl der Vollgeschosse wurde auf **maximal 2** beschränkt. Ebenso wurde eine maximale Traufpunkthöhe von 6,50 m festgesetzt.

Als Traufpunkthöhe gilt die Schnittlinie von Oberkante Dachhaut zu Außenkante Außenwand.

Um bei entsprechender Planung einen Dachgeschoßausbau vornehmen zu können, wurde auch eine maximale Drempeelhöhe 0,75 m festgelegt.

ÜBERBAUBARE FLÄCHEN/FIRSTRICHTUNG

Die überbaubaren Flächen werden durch eine vordere und hintere Baugrenze bestimmt.

Die Abstandsflächen an den Grundstücksgrenzen regelt die Landesbauordnung.

Auf die Festlegung einer Firstrichtung wird verzichtet, um den Bauwilligen bei der Planung ihrer Bauwerke möglichst großen Spielraum einzuräumen.

FLÄCHEN FÜR VER- U. ENTSORGUNG

Ver- und Entsorgungsleitungen werden ausschließlich in öffentlichen Flächen verlegt. Lediglich die Hausanschlußkästen des RWE/OIE sind auf den Privatgrundstücken zu dulden.

Die notwendigen Flächen für die Oberflächenwasserbeseitigung wurden im Plan berücksichtigt und gem. Planzeichenverordnung dargestellt.

5. Verwirklichung des Baugebietes

Das geplante Baugebiet wurde so konzipiert, daß eine Unterteilung in zwei Bauabschnitte vorgenommen werden kann. (siehe Eintragung Planurkunde)

6. Erschließung

6.1 Verkehrsflächen

Verkehrstechnisch wird das Plangebiet über die Gemeindestraße "Auf dem Bus" erschlossen. Es kann aber auch über die Straßen "Auf dem Bus/Kiefernweg" angefahren werden.

Die Breite der innergebietlichen Hauptstraße wurde generell auf 6.00 m festgelegt, wobei die Gesamtbreite als gemischtgenutzte Verkehrsfläche (Aufteilung in flächenbündigen Geh- und Fahrbereich) oder in einen höhenmäßig abgesetzten Bereich für Gehweg und befahrbare Straßenfläche dienen kann. Entsprechendes kann später durch den Gemeinderat beschlossen und durch die Erschließungsplanung festgeschrieben werden.

Die beiden links bzw. rechts abgehenden Seitenäste sind in einer Breite von 4,50 m geplant und erhalten an ihren Enden einen sogenannten Wendehammer (Wendeanlage Typ 1) nach der EAE 85.

Die Radien der Fahrbahnachse (R 45, R 25) wurden so gewählt, daß ein Befahren mittels 3-achsigen LKW's (Müllfahrzeuge, Möbelfahrzeuge, Heizölfahrzeuge) problemlos möglich ist. Genaue Festlegungen bzw. technische Erfordernisse regelt ebenfalls die spätere, detaillierte Straßenplanung.

6.2 Wasserversorgung

Eine Wasserversorgungsleitung der örtlichen Wasserversorgung liegt jeweils in den Straßen "Auf dem Bus" und "Kiefernweg". An diese wird angeschlossen. Für den ersten Bauabschnitt wird der Versorgungsast innerhalb der Straße "Auf dem Bus" verlängert. Nach Abschluß des zweiten Bauabschnittes kann die Wasserversorgung als Ringleitung ausgebildet werden, was sich auf die Druckverhältnisse positiv auswirken wird.

6.3 Abwasserbeseitigung

Gemäß den gültigen Wassergesetzen und den Forderungen des STAWA (Staatliches Amt für Abwasser- und Abfallwirtschaft) Koblenz wird das Gebiet im Trennverfahren entwässert. Das anfallende Schmutzwasser wird dabei über das vorhandene Kanalnetz der Ortsgemeinde einer Abwasserbehandlungsanlage zugeführt. Das Regen- und Oberflächenwasser wird über separate Rohrleitungen, Gräben und Mulden zeitversetzt dem Vorfluter "Idarbach" zugeleitet.

Regen- bzw. Oberflächenwasser

Grundlage der Oberflächenwasserbehandlung ist das geänderte Landeswassergesetz (LWG) Rheinland-Pfalz vom 5. April 1995.

Demnach ist Regenwasser von den einzelnen Grundstückseigentümern zu verwerten, zu versickern bzw. zurückzuhalten. Hierzu sind Dachrinnen, Hofeinfälle und sonstige Oberflächenwasserselemente in Brauchwasserzisternen, flache Mulden oder Rigolensysteme innerhalb der privaten Grundstücksflächen einzuleiten.

Zisternen können den Brauchwasserbedarf für die Gartenbewässerung aber auch, mit entsprechenden Filteranlagen versehen, innerhalb von Gebäuden (z.Bsp. als Toiletten-Spülung) gewährleisten.

Ist eine vollständige Rückhaltung bzw. Verwertung auf den Grundstücken nicht möglich (Bodenbeschaffenheit, Starkregenereignis, etc), so kann das überlaufende Wasser gemäß dem Entwässerungskonzept in unterschiedliche, öffentliche Transportsysteme eingeleitet werden.

Bis auf die Grundstücke 1,2,12 sowie 20 bis 23 (siehe Entwässerungskonzept) ist das überlaufende Wasser in dafür vorgesehene Gräben oder Mulden, die das Baugebiet umschließen bzw. durchkreuzen, einzuleiten.

Der östliche Graben wird dabei der bestehenden Oberflächenwasserverrohrung in der Straße "Auf dem Bus" zugeführt.

Der westliche Graben führt zu einer zentralen Versickerungsanlage am nordwestlichen Gebietsrand.

Ebenso der von Südost nach Nordwesten diagonal kreuzende Graben mit zwei kleineren Versickerungsanlagen.

Die Gräben, Mulden und Versickerungsanlagen sind so herzustellen, daß auf den Transportstrecken eine weitere Versickerung, zumindest eine zeitverzögerte Einleitung in den Vorfluter stattfinden kann.

Dies ist durch Geländemodellierung und Herstellung einer belebten Bodenzone sicherzustellen.

Weil keine Vorflutmöglichkeit in die Grabensysteme besteht, kann das Überlaufwasser aus den öffentlichen Verkehrsflächen und den oben bezifferten Grundstücken in den niedrig verlegten Regenwasserkanal im Straßenkörper eingeleitet werden.

Dieser mündet ebenfalls in die zentrale Versickerungsmulde.

Der Überlauf der zentralen Versickerungsanlage wird dem bestehenden Graben am Westrand des Gebietes zugeführt, welcher auch das Außengebietswasser aus dem unter Pkt. 6.4 beschriebenen Außengebiet in den Idarbach transportiert.

Ein entsprechendes Entwässerungskonzept wurde unter Berücksichtigung der Forderungen der technischen Fachbehörden erarbeitet und dem STAWA Koblenz zur Prüfung vorgelegt.

Schmutzwasser

Die häuslichen Abwässer werden in einem dafür vorgesehenen Schmutzwasserkanal gesammelt und dem bestehenden Kanal in der Straße "Auf dem Bus" zugeführt.

Von hier fließt das Schmutzwasser über das vorhandene Ortsnetz und den entsprechenden Verbindungssammlern einer Kläranlage zu.

6.4 Außengebietsentwässerung

Im Süden des Plangebietes bringt ein großes Einzugsgebiet mit starker Geländeneigung hohe Wassermengen, die zur Zeit noch an den östlichen Graben und die Verrohrung in der Straße "Auf dem Bus" angeschlossen sind. Im Zuge der Realisierung des Baugebietes wird dieses Außengebiet gemäß dem Entwässerungskonzept von dem vorgenannten östlichen Graben abgekoppelt und dem westlichen Graben, der direkt zum Idarbach führt, zugeordnet.

Dieses Außengebiet hat eine Größe von 115 ha und wird durch entsprechende Baumaßnahme direkt unterhalb des Fichtenforstes umgeleitet.

Die beiden kleineren Außengebiete A1 und A2 im südlichen Anschluß an das Baugebiet, sind entwässerungstechnisch unbedeutend und werden auf die vorhandenen Grabensysteme verteilt.

6.5 Stromversorgung

Die Versorgung des geplanten Gebietes mit elektrischer Energie erfolgt über das vorhandene Netz der RWE/OIE ab der Station "Auf dem Bus".

Von hier wird ein Versorgungskabel über die öffentlichen Verkehrsflächen in das Plangebiet geführt.

Innerhalb des Gebietes findet die Verteilung dann über Erdverkabelung in den Gehbereichsflächen statt.

Das RWE/OIE setzt Hausanschlußkästen, die von allen Grundstücken problemlos erreicht werden können.

Diese Hausanschlußkästen haben ihren Standort jeweils zwischen zwei Grundstücksgrenzen hinter den Gehweg- bzw. Straßenflächen und sind auf dem Privatgelände zu dulden.

Eine gesonderte Fläche wird in der Planurkunde nicht ausgewiesen.

7. Bodenordnung

Die Bodenordnung erfolgt größtenteils über einen Grunderwerb durch die Ortsgemeinde Allenbach bzw. ggfls. durch einvernehmliche Grundstücksregelungen mit den betroffenen Grundstückseigentümern.

Eine förmliche Baulandumlegung soll vermieden werden.

8.1 Überschlägliche Erschließungskosten 1. BAUBASCHNITT

1. Baunebenkosten (anteilmäßig 1. BA)	
BBPL komplett	= 13.000,-
Ingenieurleistung Erschließung	= 33.000,-
Vermessung u. Behördenkosten komplett	= 10.000,-
	<u>56.000,-</u>
	=====
2. Straßen/Geh. u. Fahrwege (1. BA)	
Erschließungsstraßen incl. Gehbereiche, Geh- u. Fahrweg, Straßenbeleuchtung,	
Haupterschließungsstr. 200 m x 1050 DM/m	= 210.000,-
Seitenarm mit Wendeh. 60 m x 700 DM/m	= 42.000,-
	<u>252.000,-</u>
	=====
3. Bepflanzung, Landespflege	
Begrünung, Grünflächenanlage, Anpflanzung von Hochstämmen sowie Geltungsbereich B,	
Geltungsbereich A 1.BA.....	= 30.000,-
Geltungsbereich B gesamt.....	= 20.000,-
	<u>50.000,-</u>
	=====
4. Kanalisation, Trennsystem (1. BA)	
SW-Kanal DN 200 incl. HA 240 m x 400 DM/m	= 98.000,-
RW-Kanal 200 m x 380 DM/m	= 76.000,-
	<u>174.000,-</u>
	=====
5. Naturnahe Regenwasserentsorgung (1. BA)	
Muldenausbildung 200 m x 200 DM/m	= 40.000,-
Zentrale Versickerungsmulde, pauschal	= 10.000,-
	<u>50.000,-</u>
	=====
6. Wasserversorgung (1. BA)	
Versorgungsleitungen NW 100 innerhalb der Straßen incl. Hausanschlüsse	
260 m x 300,- DM/m	= 78.000,-
	<u>78.000,-</u>
	=====
7. Außengebietsentwässerung (beide Bauabschnitte)	
Grabenprofilierung, Neuanlegung, incl. naturnaher Anlagen, Renaturierung, neuer Durchlaß, etc.	
550 m x 60 DM/m	= 33.000,-
Bauwerke, pauschal	= 15.000,-
	<u>48.000,-</u>
	=====
ERSCHLIESSUNGSKOSTEN GESAMT 1. BAUABSCHITT.....	
	<u>708.000,-</u>
	=====

8.2 Überschlägliche Erschließungskosten 2. BAUBASCHNITT

1. Baunebenkosten (anteilmäßig 2. BA)		
BBPL komplett	=	12.000,-
Ingenieurleistung Erschließung	=	18.000,-
Vermessung u. Behördenkosten komplett	=	10.000,-
		<u>40.000,-</u>
		=====
2. Straßen/Geh. u. Fahrwege (2. BA)		
Erschließungsstraßen incl. Gehbereiche, Geh- u. Fahrweg, Straßenbeleuchtung,		
Haupterschließungsstr. 115 m x 1050 DM/m	=	120.750,-
Seitenarm mit Wendeh. 50 m x 700 DM/m	=	35.000,-
		<u>155.750,-</u>
		=====
3. Bepflanzung, Landespflege		
Begrünung, Grünflächenanlegung, Anpflanzung von Hochstämmen sowie Geltungsbereich B, Geltungsbereich A 2.BA.....		
	=	25.000,-
		=====
4. Kanalisation, Trennsystem (2. BA)		
SW-Kanal DN 200 incl. HA 120 m x 400 DM/m	=	48.000,-
RW-Kanal 115 m x 380 DM/m	=	43.700,-
		<u>91.700,-</u>
		=====
5. Naturnahe Regenwasserentsorgung (2. BA)		
Muldenausbildung 150 m x 200 DM/m	=	30.000,-
		=====
6. Wasserversorgung (2. BA)		
Versorgungsleitungen NW 100 innerhalb der Straßen incl. Hausanschlüsse		
165 m x 300,- DM/m	=	49.500,-
		=====
7. Außengebietsentwässerung		
Wurde in Bauabschnitt 1 bereits berücksichtigt		

ERSCHLIESSUNGSKOSTEN GESAMT 2. BAUABSCHITT..... 391.950,-

GESAMTKOSTEN

1. Bauabschnitt.....	708.000,-
2. Bauabschnitt.....	391.950,-
	<u>1.099.950,-</u>
	=====

9. Landespflegegegerischer Planungsbeitrag

Die Ausweisung eines Wohngebietes in Allenbach entspricht grundsätzlich dem Planungsziel des Flächennutzungsplanes und ist mit den Aussagen des Landschaftsplanes vereinbar, der hier eine "unproblematische" Weiterentwicklung konstatierte.

Das Vorhaben zieht zweifelsfrei einen sehr hohen Eingriff in den Naturhaushalt - insbesondere aus Sicht des Arten und Biotopschutzes - nach sich, da die nach § 24 LPflG pauschal geschützten Sickerquellen und Sumpfdotterblumenwiesen zum größten Teil verlorengehen oder zumindest stark beeinträchtigt werden.

Die mit Schreiben vom 01.04.97 von der oberen Landespflegebehörde bei der Bezirksregierung Koblenz erteilte Befreiung nach § 38 LPflG enthielt insbesondere die Auflage, den Entwässerungsgraben an der westlichen Grenze des Baugebietes "mit gleichzeitiger Entwicklung zusätzlicher Feuchtflächen unter Einbeziehung der Feuchtwiese an der Nordwestecke des Plangebietes zu renaturieren."

Diese Feuchtwiese wird laut Entwässerungskonzept und der im vorliegenden Planungsbeitrag ergänzten Anmerkungen erhalten und geschützt. Auch die Revitalisierung des Grabens am Westrand wird im Bebauungsplan festgesetzt und somit planungsrechtlich gesichert; es bedarf jedoch einer differenzierten landespflege- rischen Objektplanung für diese Vorhaben.

Im naturwissenschaftlichen Sinne nicht ausgleichbar sind zudem die Auswirkungen der Überbauung und Versiegelung auf den Boden- haushalt, denn Boden kann nicht beliebig vermehrt werden.

Außerdem gehen über 3 ha Boden auf Dauer für Erzeugung von Nahrungsmittel verloren. Hier ist lediglich eine Eingriffsminde- rung zu erreichen, indem die Überbauung und Versiegelung beschränkt wird (durch Reduzierung der nach § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO zulässigen Überschreitungen auf 30 %).

Die Beeinträchtigung der übrigen Landschaftspotentiale Lokalkli- ma, Landschaftsbild, Wasserhaushalt fallen hingegen eher gering aus bzw. werden durch minimierende Maßnahmen entscheidend vermindert oder sogar verbessert (s. Entwässerungskonzept).

Die mit der Oberen und der Unteren Landespflegebehörde sowie dem zuständigen (und die Realisierung leitenden) Forstamt in Art und Umfang abgestimmte Kompensationsmaßnahme in Form der Umwandlung eines Nadelforstes in eine standortgemäße Heidegesellschaft über einen Zeitraum von 10 Jahren bedeutet in jedem Falle die Wieder- herstellung eines stark gefährdeten Biototyps auf einer Fläche von ca. 1,9 ha.

Der ermittelte externe Kompensationsbedarf von ca. 1,83 ha (bei einer Aufwertbarkeit der Fläche von 2 Wertpunkten; dies wird von einer Nadelholzmonokultur zu einer Heidegesellschaft in jedem Falle erfüllt, wenngleich die Ausprägung der Heidefläche nach Abschluß der Maßnahme derzeit nicht präzise vorhersagbar ist) kann somit als gedeckt angesehen werden.

Aufgrund des ökologischen orientierten Entwässerungskonzeptes (einschließlich der herzustellenden bzw. zu revitalisierenden Gräben), der starken Durchgrünung und Eingrünung des Baugebietes sowie nicht zuletzt der geschilderten Ersatzmaßnahme kann die verbindliche Bauleitplanung "Auf der Hirtenwies II" aus landespflegerischer Sicht als vertretbar angesehen werden, wenn die vorgeschlagenen landespflegerischen Maßnahmen umgesetzt und eingehalten werden.

Angesichts der festgestellten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft hat der Gemeinderat die vom Büro Dörhöfer vorgeschlagenen und mit der Bezirksregierung Koblenz, Obere Landespflegebehörde sowie Kreisverwaltung Birkenfeld, Untere Landespflegebehörde abgestimmten landespflegerischen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen als notwendig akzeptiert. Insofern hat die Ortsgemeinde Allenbach die umweltschützenden Belange gemäß § 1 des Baugesetzbuches in der Abwägung ausreichend berücksichtigt.

Allenbach, den ..23.02.. 1999

Ortsgemeinde Allenbach



Ortsbürgermeister

